

LEHMANN forum

Nr. 85
zwei 04

Hamburger Metallerrinnen + Metaller



1. Mai

Schlechtes Wasser zu hohen Preisen

Wasserwirtschaft, Ziel der Privatisierungs-Begierde

JL Goslar, ein Betrieb wird vernichtet

Das Kapital macht, was es will



Interview mit Eckard Scholz

Kandidat für die Position des 2. Bevollmächtigten

Inhaltsverzeichnis

- 2 Impressum**
- 3 Niedriglöhne**
- 4 JL Goslar, ein Betrieb wird vernichtet**
Das Kapital macht, was es will
- 6 Interview mit Eckard Scholz**
Kandidat für die Position des
2. Bevollmächtigten
 - 1. Mai, Kundgebung in Hamburg**
Fotoimpressionen
- 8 Schlechtes Wasser zu hohen Preisen**
Die Wasserwirtschaft als Ziel der
Privatisierungs-Begierde
- 10 Niederlage für christliche MetallerInnen**
Das Stuttgarter Arbeitsgericht sprach
in 1. Instanz den Gewerkschaftsstatus ab
 - Tarifsituation im Elektrohandwerk**
Schlechte Nachrichten von der Tariffrent
 - CGD ist keine Gewerkschaft**
IG Metall fordert Handwerk zu
Tarifverhandlungen auf
- 11 Lesetipp**
Der Leguan
Hinani - Tochter der Wüste
Mehr als ein Spiel -
Aus dem Leben eines Fußballfans

Impressum

Kontakt

Detlev Bohlmann
IG Metall
Verwaltungsstelle Hamburg
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/28 58-539
Fax: 0 40/28 58-560
E-Mail: lehmann-forum@t-online.de

Erscheinungsmonat

Juni 2004, 27. Jg.

Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch
Tel.: 0 40/4 30 25 88
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231
Fax: 0 40/6 45 81-770

Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
21037 Hamburg

V.i.S.d.P.

Bernd Janßen
Industriegewerkschaft Metall
Verwaltungsstelle Hamburg

Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

In 670 Berufen in Deutschland werden bereits jetzt Niedrigstlöhne gezahlt. Sie liegen unter sechs Euro pro Stunde. Das berichtet die „Bild“-Zeitung und beruft sich dabei auf Angaben aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Demnach verdient einE kaufmännischEr Angestellte ohne Berufsausbildung im sächsischen Gartenbau nach Tarif lediglich 2,74 Euro pro Stunde. EinE FriseurIn in Thüringen bekommt 3,18 Euro.

Die Märchenstunden des Kapitals

Diese Meldung macht deutlich, was von den ständig wiederholten Argumenten zu halten ist, dass wir in der Bundesrepublik zu hohe Löhne und Gehälter verlangen und bekämen. Es ist schon irgendwie eine besondere Logik, wenn man sagt, dass wir zu teuer seien aber in Europa das Exportland Nummer 1 sind. So ist es auch mehr als widersprüchlich, wenn von den sogenannten WirtschaftsexpertInnen gesagt wird, dass der Konjunkturaufschwung daran scheitert, dass der Binnenmarkt nicht in Gang kommt. Gleichzeitig aber darauf verwiesen wird, dass die Löhne und Gehälter zu hoch sein. Dabei wird im übrigen völlig außer Acht gelassen, dass über 4 Millionen Arbeitslose auch KonsumentInnen sind. Es ist schon mehr als eine Frechheit, wenn nun Herr Merz von der CDU sagt, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu gut bezahlt sei. Gerade hier wurde gespart ohne Ende. Angeblich ja deshalb, damit sich Leistung wieder lohnt und man nicht auf Kosten der Allgemeinheit seine Arbeitslosigkeit finanziert. Doch auch hier ist der logische Bruch mit eingebaut. Wenn sich Leistung wieder lohnen soll, muss es auch Möglichkeiten geben seine Leistung zu zeigen und zu erbringen. Woran es fehlt ist nicht der Leistungswille der Menschen, sondern dass Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze fehlen.

Doch auch hier der logische

Bruch. Wenn nun die bezahlen sollen die nicht ausbilden, damit die finanziell unterstützt werden die ausbilden, ist das Gezeter riesengroß. Verfassungsbruch wird reklamiert, Tod für die Ausbildung wird geschrien und noch vieles mehr. Doch Fakt ist, bisher sind alle Ankündigungen die auf Freiwilligkeit basieren Schall und Rauch. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze hat weiter abgenommen. Diese Liste der Widersprüche läßt sich zur Zeit fast unendlich weiter führen. Doch wer, wenn nicht wir als GewerkschafterInnen können und müssen da etwas dagegen setzen und diese Widersprüche aufdecken.

Weiterbildung ein Privatvergnügen?

In einer Studie des Bundesinstitutes für Berufsbildung wurde festgestellt, das die Deutschen etwas für die berufliche Weiterbildung tun. Im Jahr 2002 wurden ca. 13,9 Mrd. Euro von insgesamt 27,8 Mio. Personen in Deutschland für die eigene berufliche Weiterbildung aufgewendet.

Wenn man das so liest, ist man auf den ersten Blick sehr beeindruckt und irgendwie auch erfreut. Doch was wenn man genauer hinschaut? Wer profitiert eigentlich von der beruflichen Fort- und Weiterbildung? In der Regel sind es die Unternehmen, die diese erweiterten Qualifikationen nutzen und in bares Geld umwandeln. Meistens ist es nicht gegeben, dass sich eine Weiterbildung sofort und automatisch auch in einer Gehalts- oder Lohnerhöhung umwandeln läßt. Gerade in der jetzigen Zeit werden viele KollegInnen die eigenen finanzierte Fort- und Weiterbildung auch als eine Möglichkeit der Sicherung des Arbeitsplatzes sehen und nutzen.

Es bleibt zu fordern, dass das Recht auf Qualifizierung auch tariflich festgehalten wird und die Finanzierung vom/von der ArbeitgeberIn getragen wird. Sollte das nicht immer voll durchzusetzen sein, so muss der/die ArbeitgeberIn mindestens einen Teil der

Seite wird die ständige und lebensbegleitende Fort- und Weiterbildung von den ArbeitgeberInnen gefordert aber auf der anderen Seite soll sie nur von den ArbeitnehmerInnen bezahlt werden. Das kann und darf nicht Sinn der Sache sein.

Auf einen weiteren Aspekt soll hier auch noch hingewiesen werden. Viele TrägerInnen der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen haben auch Angebote für unsere arbeitslosen KollegInnen. Durch die sogenannten Hartz-Gesetze ist es hier fast zu einem totalen Zusammenbruch des sogenannten Weiterbildungsmarktes gekommen. DemagogInnen aller politischen Parteien meinten hier noch vermehren zu müssen, dass man damit auch die Monopolstrukturen der Einrichtungen des DGBs zerschlagen wolle. Dieses ist von der Argumentation nicht nur falsch, es gibt und gab keine Monopolstrukturen auf dem Weiterbildungsmarkt, sonst wäre er bestimmt nicht so eingebrochen wie es jetzt geschehen ist. Sie ist auch noch dreist und blöd. Doch einmal ganz ehrlich in den Spiegel geschaut. Bei wem ist diese Argumentation nicht auf fruchtbaren Boden gefallen?

Doch nun zum Fazit. Wenn jetzt die Fort- und Weiterbildungsträger massiv Personalabbau betreiben müssen, die Qualitätsstandards nach unten drücken, Firmenteile schließen müssen usw., dann trifft es nicht nur die Arbeitslosen sondern auch diejenigen, die sich noch in Arbeit befinden und weiterbilden müssen bzw. wollen. Es muss also im Interesse von uns allen liegen, sich mit dem Thema Weiterbildung und Fortbildung zu beschäftigen. Die Zukunft von morgen ist unsere Qualifikation und die Bereitschaft sie ständig zu verbessern. Doch wenn wir das sicher stellen wollen, brauchen wir auch die Firmen und Strukturen die das durchführen und leisten können.

REDAKTION

Niedriglöhne

JL Goslar, ein Betrieb wird vernichtet

das Kapital macht was es will

JL Goslar ist ein bleiverarbeitendes, mittelständisches Unternehmen, das nach dem Willen der EigentümerInnen den Betrieb zum 30. September 2004 in Hamburg einstellen wird. Die Beschäftigten haben sich mit viel Engagement gewehrt und gemeinsam eine Alternative zur Schließung des Betriebes erarbeitet. Die Hamburger Behörden und besonders die Wirtschaftsbehörde haben sich für den Erhalt eingesetzt - aber vergebens, die EigentümerInnen des Betriebes blieben bei ihrem Entschluss, in Hamburg 90 Arbeitsplätze zu vernichten.

Geschichte eines Betriebes

JL Goslar ist im Jahre 2000 durch den Kauf der Firma Bleiindustrie Hamburg durch die Firmen Metallwerk Goslar und Apparatebau Goslar entstanden. Das Unternehmen beschäftigt mit seinen drei Tochtergesellschaften Stanniolfabrik Eppstein, MTH

Metall-Technik Halsbrücke und Coro Lining Goslar insgesamt noch 470 Mitarbeiter an vier Standorten.

In der Firma Bleiindustrie wurden Bleiprodukte für die verschiedensten Anwendungen hergestellt. Anfang der 80er Jahre hatte dieser Betrieb seine beste Phase: Neben Produkten für den Baubereich wurden Bleirohre, Kabelmuffen, Lötdrähte, Produkte für Thermopencscheiden und Filme hergestellt. Zu den damaligen Großkunden zählten Agfa, Kodak und Polaroid. Durch den Ersatz von Blei durch Aluminium in vielen Halbzeugen und Endprodukten sind viele KundInnen und Produkte weggefallen und damit gingen auch Arbeitsplätze verloren - von damals 170 Beschäftigten auf jetzt 90 Beschäftigte. Es gab immer wieder Produktinnovationen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. So wurde beispielsweise 1982 die wetterunempfindliche Färbung von Bleiprodukten entwickelt, das Bleicolor.

Zum Zeitpunkt der Fusion wurden bei Bleiindustrie Folien produziert, die nach KundInnenanforderung gefertigt wurden, und Bleiprodukte für den Baubereich.

Entwicklung nach der Fusion

Zwei Jahre nach der Fusion wurden Teile des Geschäftsbereiches 'Bauprodukte' an den Konkurrenten Röhr+Stolberg verkauft. Später wurde dann bekannt, dass Röhr+Stolberg auch die Option erhielt, den Rest des Geschäftsbereiches ebenfalls zu kaufen. Mit diesem Verkauf wurden Patente und KundInnenpotenziale weggegeben, die für ein Fortbestehen des Betriebes in Hamburg hilfreich gewesen wären. Eines der Produkte, das mit verkauft wurde, war Bleicolor, mit dem die Bleiindustrie in Europa rund 70% Marktanteil besaß.

Im September letzten Jahres erhielt dann der Betriebsrat die Ankündigung, dass JL Goslar das Werk in Hamburg zum 29. Februar 2004 schließen will.

Beschäftigte entwickeln Alternativen

Das Hauptargument der EigentümerInnen war, dass für ein erfolgreiches Fortbestehen des Hamburger Werkes umfangreiche Investitionen notwendig seien, insbesondere für die Erfüllung von Umweltstandards - und dafür sei eben kein Geld da.

Bei der Bleiindustrie werden aber schon immer die Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Umweltschutz groß geschrieben. Es gelten firmenintern geringere Blutbleiwerte als durch MAK-Werte vorgeschrieben werden. Eine Überschreitung bei einer/einem MitarbeiterIn führt zu einer Umbesetzung innerhalb des Betriebes. An hoch gefährdeten Arbeitsplätzen erhielten die MitarbeiterInnen täglich neue Arbeitskleidung. Die MitarbeiterInnen sind ihrerseits auch sehr diszipliniert bei der Einhaltung von Arbeitssicherheitsmaßnahmen. Vierteljährlich wurde auch der Hof komplett von Bleiresten gereinigt.

Der Betriebsrat und die Beschäftigten haben selbst die Initiative ergriffen und haben bei den entsprechenden Behörden nachgefragt und recherchiert. Es wurden an die SenatorInnen entsprechende Petitionen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eingereicht. Wichtigstes Ergebnis dabei war, dass alle Auflagen, die notwendig waren, bereits erfüllt sind und dass es weitere Sonderauflagen nicht geben würde. Die bisherigen freiwilligen Maßnahmen der Bleiindustrie wurden anerkannt. Die positive Erfahrung der KollegInnen war, dass alle Behörden sehr entgegenkommend und aufgeschlossen waren; es war eine sehr gute Zu-

Verwendung von Blei

Die nach heutigen Gesichtspunkten abbauwürdigen Bleivorkommen werden auf ca. 200 Millionen Tonnen geschätzt. Die Fördermenge ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen, da ein immer größerer Teil des Bleis, das schon einmal verarbeitet wurde, wieder zurückgewonnen wird. Im Jahre 1992 lag die Fördermenge bei knapp 3 Millionen Tonnen (1985: 3,5 Millionen t). Einschließlich des rezyklierten Bleis lag die Produktionsmenge 1992 bei 5,3 Millionen Tonnen. Der größte Teil des metallischen Bleis wird heute für die Herstellung von Batterien verwendet. In Deutschland liegt die Recycling-Rate für Blei aus Autobatterien inzwischen bei 90%. Blei wird darüber hinaus zur Ummantelung von Elektrokabeln, für Dichtungen und für chemische Geräte eingesetzt. Es dient zur Herstellung von Rostschutzanstrichen (Mennige) und von Antiklopfmitteln für Vergaserkraftstoffe. Seine Bedeutung für den Buchdruck ist nach Umstellung der Druckertechnik merklich zurückgegangen. Auch für Trinkwasserrohre wird es praktisch nicht mehr verwendet. In der Kerntechnik und der Nuklearmedizin werden Bleiplatten und schwere Bleiglasfenster zur Abschirmung gefährlicher, radioaktiver Strahlung eingesetzt.

sammenarbeit. Besonders die Wirtschaftsbehörde wollte mit allen Mitteln die Arbeitsplätze retten.

Durch Vermittlung der Wirtschaftsbehörde hatte die Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg sich bereit erklärt, eine Firmengründung durch die Beschäftigten zu unterstützen. Der jetzige Controller der Bleiindustrie wäre bereit gewesen, als Geschäftsführer dieser neuen Firma zu arbeiten. Parallel zu diesen Aktivitäten fanden auch mehrere Demonstrationen der Beschäftigten statt, um die Schließung zu verhindern.

Trotz des Kampfes und des Einsatzes vieler Menschen in Hamburg konnten die EigentümerInnen nicht umgestimmt werden - Für sie zählt nur ihr Profit und Hamburg verliert weitere 90 Arbeitsplätze!

Kampf um den Sozialplan

Nachdem alle Bemühungen um ein Fortbestehen des Betriebes gescheitert waren, ging es am 2. Februar erstmals in der Einigungsstelle um den Interessensausgleich. Bei dieser Verhandlung konnte es aber um einen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen nicht mehr gehen: Der Kaufvertrag mit Röhr+Stolberg über die Reste der Produktion von Bleiprodukten für die Baubranche war bereits abgeschlossen; die ersten Maschinen waren schon verkauft. Beim Interessenausgleich wurde der Schließungstermin vom 29. Februar auf den 30. September verschoben, aber JL Goslar wollte schon zum 30. April 15 bis 20 MitarbeiterInnen kündigen. Diese Vorabkündigungen konnten in der Einigungsstelle abgewehrt werden, weil der Betrieb mit diesen Entlassungen nicht mehr arbeitsfähig gewesen wäre. Trotzdem wurden bereits 4 MitarbeiterInnen zum 30. April entlassen.

Nach dem Interessenausgleich ging es in der Verhandlung der Einigungsstelle wieder um den Sozialplan. JL Goslar machte ein Sozialplanangebot von 1,1 Mio. Euro. Die Beschäftigten wollten aber mehr - ihre Forderung lag bei

3,6 Mio. Euro. In insgesamt 6 Sitzungen wurde verhandelt, um Angebot und Forderung anzunähern. JL Goslar drohte, mehr Geld sei nicht da, wenn ihr mehr wölltet, müssten wir Insolvenz anmelden und ihr bekämet gar nichts; außerdem haben die Banken den Kreditrahmen gekürzt. Der Betriebsrat beauftragte daraufhin einen externen Gutachter, der die wirtschaftliche Situation bei JL Goslar analysieren sollte.

So gab es bei mehreren Sitzungen kein Ergebnis, die Belegschaft aber wollte Ergebnisse, um die für sie unsichere Situation zu beenden. Zu einer Sitzung der Einigungsstelle stellten die KollegInnen 91 Totengräberkreuze an der Einfahrt auf, durch die die TeilnehmerInnen der Einigungsstelle hindurch mussten.

Bei der letzten Einigungsstellensitzung wollte der Vorsitzende keinen Spruch fällen, sondern wollte eher einen neuen Gutachter beauftragen. Die Befürchtung der BelegschaftsvertreterInnen aber war, dass dieser neue Gutachter auch keine große „Revolution“ in die Verhandlung bringen würde, die JL Goslar aber so belasten könnte, das Insolvenz angemeldet werden würde. In einem Spitzengespräch der AnwaltInnen beider Seiten wurde dann noch eine Einigung erreicht.

Es wurde eine Formel beschlossen, die die Entschädigung für jeden MitarbeiterIn regelt. Die Firmenzugehörigkeit bis zum 30. September in Jahren (genau in Monaten ausgedrückt) multipliziert mit dem jetzigen Gehalt ergibt den Basisbetrag. Die Abfindung hängt dann vom Lebensalter ab: bis 44 Jahre = 50% vom Basisbetrag, 45 bis 57 Jahre = 55% vom Basisbetrag, ab 58 Jahre = 50% vom Basisbetrag.

Der höhere Betrag für die mittlere Gruppe liegt darin begründet, dass diese praktisch keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt hat, aber auch noch nicht in die Verrentung wechseln kann. Für den Betriebsrat und die IG Metall ist diese Einigung akzeptabel. Die Abfindung kann nicht wirklich für

den Verlust des Arbeitsplatzes entschädigen, aber es wäre doch sehr unsicher gewesen, ob ein neuer Gutachter ein besseres Ergebnis gebracht hätte. Zudem haben die KollegInnen etwas mehr Sicherheit, um sich auf die Zeit nach der Kündigung vorzubereiten.

Der Betrieb JL Goslar stellt zum 30. September die Produktion in Hamburg ein. Die Restproduktion von Folien wird in die anderen Werke des Unternehmens verlagert und 90 KollegInnen mehr sind arbeitslos.

REDAKTION



Entdeckung und historische Bedeutung

Archäologische Funde beweisen, dass es seit ca. 2500 v. Chr. verarbeitet wurde. Es gehört also neben Kupfer, Silber, Gold, Zinn, Eisen und Quecksilber zu den Metallen, die schon im Altertum bekannt waren. Alle bedeutenden Kulturen des Mittelmeerraums und die alten Indier beherrschten schon früh seine Verarbeitung. Von Vorteil war dabei, daßs man das Blei wiedereinschmelzen konnte. In großem Stil verarbeiteten erstmals die Römer Blei, indem sie es für den Bau von Wasserleitungen verwendeten. Der größte Teil des römischen Bleis stammte aus Minen im besetzten Spanien. In ihnen arbeiteten zeitweilig bis zu 50000 Sklaven. Blei war im alten Rom aber nicht nur ein beliebter Baustoff, es wurde beispielsweise auch zu Trinkbechern und Eßgeschirr verarbeitet. Bleiverbindungen dienten als Farben, Schminke und sogar als Heilmittel. Auch im Mittelalter war Blei ein wichtiger Baustoff. Um 1000 nach Christus gab es im Harz zahlreiche Bleigruben und Bleihütten. Auch die Anwendungsbereiche wurden mit der Zeit vielfältiger: So wurden kirchliche und weltliche Repräsentationsgebäude mit Dächern aus Bleiplatten versehen und man fertigte Bleigläser. Aus Blei waren die Lettern für den Buchdruck und die Kugeln für Gewehre und Pistolen. Bis in die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts stieg es zum wichtigsten Nichteisenmetall auf! Nach 1925 verlor es wieder an Boden und hat sich inzwischen nach Aluminium, Kupfer und Zink auf dem vierten Platz eingeordnet.

Interview mit Eckard Scholz



Kandidat für die Position des 2. Bevollmächtigten

forum: Eckard, du bist von der Ortsverwaltung als Kandidat für die Position des 2. Bevollmächtigten vorgeschlagen worden. Kannst du unseren Lesern einmal kurz darstellen wie dein bisheriger Werdegang beruflich und gewerkschaftlich so gewesen ist?

ES: in Lübeck 1958 geboren und aufgewachsen, 1975 bis 1978 Ausbildung zum Feinmechaniker bei der Drägerwerk AG in Lübeck, im ersten Ausbildungsjahr Wahl in die Jugendvertretung (JV), später Vorsitz der JV. Nach der Ausbildung Wahl in den Betriebsrat.

Seit Beginn der Ausbildung in der Jugendarbeit aktiv, Orts- und Bezirksjugendausschussvorsitzender, Vertreter des Bezirks Küste im Jugendausschuss des Vorstandes der IGM, Vertreter der IGM im DGB-Bundesjugendausschuss

Mitglied der Vertreterversammlung und der Ortsverwaltung der Vst. Lübeck, Referent u.a. in der Jugendbildungsarbeit

1983 bis 1986 Studium an der

Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg, Abschluss: Diplom-Sozialwirt

bis 1988 Sekretär in der Vst. Lübeck

1988 Wahl zum 1. Bevollmächtigten in der Vst. Lübeck

1994 auf Wunsch des Bezirksleiters Wechsel als Bezirkssekretär in die Bezirksleitung Küste, zuständig u.a. für Organisationspolitik und -entwicklung, Vertrauensleute- und Betriebsrätearbeit

2000 auf Anfrage des Vorstandes Wechsel in die Vorstandsverwaltung als Leiter des damals neu aufzubauenden „Funktionsbereiches Mitglieder“, aufgrund der vor Aufnahme dieser Tätigkeit von mir erbetenen Befristung meines „Frankfurter Einsatzes“ vereinbarungsgemäß Rückkehr in die Bezirksleitung in 2004

forum: Das politische und betriebliche Umfeld für uns als Gewerkschaften ist in der letzten Zeit rauher und härter geworden. Was würdest du als 2. Bevollmächtig-

ter der Verwaltungsstelle Hamburg gern bewegen und initiieren?

ES: Es gibt für uns Gewerkschafter in diesem Lande eine Unmenge Arbeit, umso wichtiger wird es für uns sein, gemeinsam unsere Kräfte darauf zu konzentrieren, den Menschen deutlich zu machen, dass Gewerkschaftsarbeit auch immer Zukunftsarbeit ist und dass eine gerechte und auf Frieden bedachte Gesellschaft ohne starke Gewerkschaften nicht möglich sein wird. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation, sich aktuell abzeichnender Entwicklungen und unablässiger Angriffe unserer Gegner, ob in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern, müssen wir verstärkt in den Dialog mit unseren Mitgliedern, „Noch-Nicht-Mitgliedern“, Sympathisanten, potentiellen Bündnispartnern und der Öffentlichkeit treten, an unserem Image arbeiten, um auf breiter Ebene aktionsfähiger zu werden.

Das gilt für unsere betriebs- und

1. Mai in Hamburg



tarifpolitischen Aktivitäten genauso, wie für die sozial- und gesellschaftspolitische Bühne. In diesem Zusammenhang liegen mir die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen besonders am Herzen.

Was dieses konkret an Maßnahmen in der Vst. Hamburg bedeutet, muss im Ortsvorstand, der Delegiertenversammlung, der anderen Gremien beraten und im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsplanung verabredet werden.

forum: Du warst ja jetzt auch lange Zeit im Bezirk als politischer Sekretär tätig. Welche Erfahrungen aus dieser Zeit würdest du gern in die Arbeit vor Ort, in die Verwaltungsstelle einbringen?

ES: Wie mein oben beschriebener Werdegang im Betrieb und IG Metall vermuten lässt, hatte ich das Glück, eine Menge Erfahrungen über die Arbeit in anderen Verwaltungsstellen, in vielen Unternehmen und Betrieben, in anderen Bezirken sammeln zu können und ich denke, dabei eine Menge gelernt zu haben.

Dieses alles möchte ich in die Arbeit mit den ehren- und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen

einbringen, genauso wie ich von ihnen und ihren gemachten Erfahrungen lernen will

forum: Die Verwaltungsstelle Hamburg hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Das bezieht sich einmal auf die Betriebsstruktur, die großen Werften sind entweder weg oder doch erheblich geschrumpft, neue kleine Handwerksbetriebe sind durch den Zusammenschluss mit der GHK und der Textilgewerkschaft dazu gekommen. Wie würdest du deine Rolle als 2. Bevollmächtigter in dieser Struktur sehen bzw. definieren?

ES: Bei so einer großen Gewerkschaft wie unserer IG Metall fällt immer wieder auf, wie unterschiedlich die Bedingungen und Umstände sind, unter denen unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten und leben, wie unterschiedlich auch Tradition und Kultur sein können. Wenn ich bedenke, dass drei traditionsreiche Gewerkschaften zu einer geworden sind, nämlich der neuen IG Metall, dann, aber auch bei anderen Gelegenheiten, fällt mir immer wieder auf, dass es die Einheit in der Vielfalt

ist, die unsere Stärke ausmacht. Diese Vielfalt zu nutzen, um voneinander zu lernen, Unterschiede zu akzeptieren ohne die Gemeinsamkeiten aus dem Auge zu verlieren, das ist für mich eine sehr wichtige Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit.

Dieses im allzu oft hektischen Alltag nicht aus dem Auge zu verlieren, mithelfen auch unter schwierigsten Bedingungen „den Laden zusammenzuhalten“ das halte ich als „Mannschaftssportler“ für eine der wichtigsten Aufgaben eines 2. Bevollmächtigten

forum: Zum Schluß noch eine Frage in eigener Sache. Peter Melzer war immer ein großer Freund und Unterstützer des forum. Wie stehst du zu einer Zeitung der Verwaltungsstelle Hamburg und was würdest du von uns erwarten?

ES : Zum einen: In diesem Punkt werde ich Peter in nichts nachstehen wollen. Zu dem anderen Teil eurer Frage: Ich würde mich freuen, wenn ihr demnächst einmal Zeit für mich habt, damit ich mehr über eure Arbeit und eure Pläne erfahre.



Schlechtes Wasser

zu hohen Preisen

Die Wasserwirtschaft als Ziel der Privatisierungs-Begierde

Wasser ist neben der Luft der einzige Stoff, dessen Bedarf für den Menschen durch keinen anderen Stoff ersetzt werden kann. Wasser hat daher - so unproblematisch seine Verfügbarkeit im Alltag bei uns empfunden wird - einen zentralen Stellenwert im Leben der Menschen.

Struktur der Wasserwirtschaft

Von den etwa 7000 Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland werden die meisten (85%) öffentlich geführt. Sie fördern und verteilen aber nur 52% der Wassermenge, 15% der WasserversorgerInnen sind privatrechtlich organisiert und kommen auf einen Anteil von 48% der Wassermenge.

Die Unternehmensform Eigenbetrieb ist die unmittelbarste Unternehmensführung durch Kommunen. Hier laufen alle Kosten und Erträge über den Kommunalhaushalt. Stadtrat und Verwaltung haben direkten Einfluss auf Unternehmenspolitik, Personalpolitik, Preisfestsetzung und Investitionen. Diese Unternehmen werden in öffentlich-rechtlicher Form geführt. Eine Kapitalbeteiligung seitens Privater ist bei dieser Form nicht möglich.

Eigenbetriebe werden zur Zeit häufig in Eigengesellschaften in Form einer GmbH oder AG umge-

wandelt, die (zunächst) voll im Eigentum der Kommune stehen, aber privatrechtlich geführt werden. Kosten und Erträge laufen nicht mehr über den Kommunalhaushalt, die Unternehmensführung ist weitgehend autonom und die Stadtspitze hat als Eigentümerin Einfluss nur noch über die Aufsichtsgremien. Im Grunde ist der Schritt vom Eigenbetrieb zur Eigengesellschaft der wesentliche Privatisierungsschritt, auch wenn die GmbH noch in kommunaler Hand bleibt. Denn jetzt liegt das Unternehmensziel nicht mehr in der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge, sondern in der privatrechtlichen Gewinn-Erzielung. Jetzt können Anteile an private KapitalgeberInnen verkauft werden.

Politische Ökonomie der Deregulierung und Privatisierung

Nach einhelliger Meinung ist in Deutschland die Wasserqualität vorbildlich und die Wasserpreise sind erträglich. Warum also der enorme Druck in Richtung Privatisierung der Wasserwerke?

1. Die Umverteilung schafft anlagensuchendes Kapital. Ein zentrales Merkmal des Kapitalismus in den letzten Jahren ist die stete Verschiebung in der Einkommensverteilung, zu Lasten der Arbeitseinkommen und zugunsten der Unternehmens- und Vermögens-Einkommen. Die Realeinkommen sanken von 1990 bis 2001 um

4,9%, die Netto-Gewinne der Kapitalgesellschaften stiegen im selben Zeitraum um 79,1%! Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteuereinkommen lag 1970 bei 23%, 2002 bereits bei 36%! Im Gegenzug wurden die Gewinn- und Vermögenssteuern von 27% (1970) auf 14% (2002) abgesenkt! Das bezeichnet man als Umverteilung von unten nach oben.

Bis in die 70er Jahre verwendeten die Unternehmen mehr als 60% ihres Einkommens für Sachinvestitionen, in den 90er Jahren sank dieser Anteil auf nur noch 25%. Den Kapitalüberschüssen werden durch die Privatisierungen neue Anlagemöglichkeiten eröffnet.

2. Neue Anlagefelder, Strom- und Wasserwirtschaft. Zu den in Frage kommenden zu privatisierenden Branchenteilen zählen Strom, Gas, Wasser, Abfall, Verkehr, Krankenhäuser und Schulen/Hochschulen.

Die Stromwirtschaft ist die mit Abstand größte und profitabelste. Ihre Deregulierung wurde bereits 1998 als erste umgesetzt. Mit dem Ergebnis, dass die Stromwirtschaft stärker konzentriert ist als je zuvor (aus den neun Verbund-Unternehmen wurden vier Konzerne) und die Preise nach anfänglichen Lockangeboten kontinuierlich steigen.

Aber auch die Wasserwirtschaft („Wasser - das blaue Gold“) ist für das anlagensuchende Kapital hochattraktiv. *Hamburger Wasserwerke HWW: „Das Unternehmen macht kräftige Gewinne und führt das Geld an den städtischen Haushalt ab.“* (Hamburger Abendblatt 29.12.2003); für 2005 sind 41 Mio.

Euro (zusammen mit der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG HHLA) eingeplant. Der Senat hat die HWW am 2.9.2003 auf die Liste der Unternehmen gesetzt, die zumindest teilweise verkauft werden können.

3. Kommunale Verschuldung und Sparzwang. Zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise stehen finanziell am Abgrund. Für das Jahr 2003 rechneten die kommunalen Spitzenverbände mit einem Finanzierungsdefizit von etwa 8 bis 10 Milliarden Euro. Die beiden Hauptursachen sind, „*Der beispiellose Absturz der Gewerbesteuer sowie die steigenden Sozialabgaben*“ (Deutscher Städte- und Gemeindebund, 4.4.2002), also die Folge der Steuerentlastung für Gewinne und Vermögen sowie die Folge von Krise, Arbeitslosigkeit und Verarmung.

Das Haushaltsrecht besagt: Bei sinkenden Einnahmen und/oder steigenden Ausgabeverpflichtungen im Verwaltungshaushalt muss die Kreditaufnahme - und damit die Investitionstätigkeit - zwangsläufig zurückgeführt werden. Unter diesem Druck verringerten sich die Sachinvestitionen der Kommunen kontinuierlich von 33,5 Mrd. Euro in 1992 auf nur noch 21,4 Mrd. Euro in 2003.

4. Privatisierung der Wasserversorgung. Die Wasserver- und -entsorgungsanlagen haben einen hohen Renovierungsbedarf, dem aufgrund der schon bestehenden Schuldenlast und des Haushaltsrechts zunehmend nicht nachgekommen werden kann. „*Die Finanznot zwingt die Kommunen zum Verkauf der Stadtwerke. Zweite Angebotswelle. Hunderte Stadtwerke stehen zum Verkauf*“ jubelt die FAZ (8.3.2002).

In Deutschland hat sich mit RWE ein Wasserkonzern herausgebildet, der 2001 ca. 6 Mrd. Euro Umsatz im Wasser-Bereich erzielte und 68

Millionen WasserkundInnen zählte. RWE hat sein anlagesuchendes Kapital für internationale Einkäufe in der Wasser-Branche genutzt. Damit liegt RWE in der internationalen Rangliste an dritter Stelle nach ‚Veolia 1 Vivendi‘ mit 13,6 Mrd. Euro und ‚Suez 1 Ondeo‘ (beide Frankreich) mit 10,1 Mrd. Euro Umsatz im Wasser-Bereich.

5. Auslandsinvestitionen. Wie man bei RWE sieht, stellen Auslandsinvestitionen ein zentrales Mittel für anlagesuchende Kapitalüberschüsse dar. Das große Problem der AuslandsinvestorInnen ist die Sicherheit ihrer Kapitalanlage. 1998 scheiterte mit dem Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) der bisher umfassendste Versuch der Kapitalabsicherung an den Protesten der GlobalisierungsgegnerInnen. Nichtsdestotrotz werden die Bemühungen des transnational agierenden Kapitals intensiv fortgesetzt. Das General Agreement on Trade in Services (Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen), kurz GATS, das bis 1.1.2005 abgeschlossen werden soll, würde den Weg frei machen für die weltweite Deregulierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen.

Gegenbewegung und Widerstand

1. Umwelt und Gesundheit. Die heutige Versorgung berücksichtigt sehr stark ortsnahe oder regionale Wasservorkommen. Das bedeutet, dass lokaler Umweltschutz (Grundwasser- und Gewässerschutz) eine wichtige Rolle spielt. Mit der Konzentration der Wasserwirtschaft, der Ausbreitung von überregional agierenden Wasser-Unternehmen und mit der Vereinfachung von Wasser-Durchleitungs-Rechten kommt es zunehmend zum Zugriff auf billigeres Fernwasser und das führt bei profitorientierten Unternehmen zwangsläufig zur Vernachlässigung des Umweltschutzes und zur Qualitätsver-

schlechterung des Wassers.

2. Wasserpreise. In Deutschland liegt der durchschnittliche Trinkwasserpreis bei 1,45 Euro pro m³, in Hamburg ab 1.1.2004 bei 1,39 Euro pro m³.

Das Versprechen niedrigerer Wasserpreise ist das hauptsächliche Argument der PrivatisiererInnen. Die Erfahrungen sprechen eine andere Sprache. Nach der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe BWB 1999 wurden die Preise laufend erhöht, für 2004 ist eine Wasser-Preiserhöhung um 15% angekündigt!

3. Arbeitsplätze. Die Wasserwirtschaft beschäftigte 1992 noch 63000 Menschen. Durch Rationalisierung und Privatisierungen sank diese Zahl auf 52000 im Jahr 1998. Anzunehmen ist bei weiterer Privatisierungswelle eine Entwicklung wie in der Stromwirtschaft (Abbau der Beschäftigten um mehr als 25% im Zeitraum 1992 bis 2000).

4. Widerstandsbewegungen. Gegen die Privatisierung von Stadtwerken kommt es zu zunehmendem Widerstand: Bürgerbegehren Norderstedt mit 9803 Unterschriften gegen die Umwandlung des Eigenbetriebes Stadtwerke in eine GmbH (Pro Eigenbetrieb Stadtwerke); Bürgerentscheid Elmsborn mit 84,4% gegen die Umgründung der Stadtwerke in eine AG (Tigenbetrieb JK); Volksinitiative ‚Unser-Wasser-Hamburg‘ gegen die Teilprivatisierung der Hamburger Wasserwerke HVM; in einem Volksbegehren ist es das Ziel, vom 23.8. bis 5.9.2004 mehr als 63000 Unterschriften zu sammeln.

Abschließend sei zitiert aus der Erklärung von Porto Alegre (Weltsozialforum 2002) zum Wasser:

„*Wir folgen dem Grundsatz: Dass das Süßwasser der Erde allen gehört und deshalb nicht als eine Ware behandelt werden darf, die gekauft oder veräußert oder mit der wie mit einem Wirtschaftsgut Handel betrieben werden darf.*“

WOLFGANG ERDMANN
Betriebsratsvorsitzender
Jungheinrich, Norderstedt

Niederlage für christliche MetallerInnen

- 12. September 2003 - Im Rechtsstreit hat die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) am Freitag eine Niederlage erlitten. Das Stuttgarter Arbeitsgericht sprach ihr in erster Instanz den Gewerkschaftsstatus ab (Aktenzeichen 15 BV 250/96). Der Organisation fehle die Durchsetzungskraft und Leistungsfähigkeit, um die Umsetzung abgeschlossener Tarifverträge sicherzustellen, teilte der Vorsitzende Richter Wolf Klimpe-Auerbach in seiner Entscheidung mit. Die CGM bezifferte ihre Mitgliederzahl im Verfahren auf bundesweit rund 97000, wollte aber keine Angaben zu einzelnen Landesverbänden und Organisationsbereichen treffen. Die IG Metall hat

rund 2,55 Mio. Mitglieder. Die Kammer hatte von der CGM die Auskunft verlangt, wie viele Mitglieder im Handwerk oder in der Industrie beschäftigt sind. Diese Informationen liegen der Gewerkschaft nach eigenen Angaben nicht überall vor, weil sie die Mitglieder nach Beruf und nicht nach Branche aufführt.

Der IG-Metall-Rechtsanwalt Friedrich Schindele meinte, er habe dieses Ergebnis erwartet, reche aber mit weiteren Instanzen. Der neue Vorsitzende der Gewerkschaft, Jürgen Peters, begrüßte den Beschluss in Frankfurt als „Gewinn für die ArbeitnehmerInnen“. Die „Billigverträge“ der CGM hätten zu Lohndumping geführt.

Andere BeobachterInnen sehen durch die CGM eher die Gefahr eines Unterbietungswettlaufs aufkommen. Den Tarifvertrag schließt dann diejenige ab, die den ArbeitgeberInnen am weitesten entgegenkommt. „Einen Wettbewerb gibt es ohnehin“, meint Reinhard Bahn Müller vom Tübinger Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur. Die Gewerkschaften im DGB würden durch regionale Tarifabschlüsse miteinander konkurrieren und auch über Branchen hinweg, zumal in der heutigen Arbeitswelt die Grenzen zwischen einzelnen Industrien immer mehr verschwimmen würden.

REDAKTION

Tarifsituation im Elektrohandwerk

Schlechte Nachrichten von der Tariffont.

Die ArbeitgeberInnen und die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) konnten sich im letzten Jahr nicht auf Tarifverhandlungen einigen. Die CGM sah sich nicht in der Lage, einen Termin im November oder Dezember des letzten Jahres dafür zu vereinbaren. Das sagt eigentlich schon alles über den Stellenwert, den das Elektrohandwerk innerhalb der CGM hat: Nämlich gar keinen!

Im Januar dieses Jahres hat nun ein Vertreter der CGM etwas Zeit gefunden, sich mit den Herren

des Norddeutschen Fachverbandes Elektrotechnik (NFE) zu unterhalten. Diese Unterhaltung hat jedoch zu keinem Ergebnis geführt, so dass keine neue Vereinbarung getroffen wurde. Angeblich hatte die CGM eine Lohnforderung von 2,4%. Die ArbeitgeberInnen wünschten aber ganz anderes. Sie wollten die Löhne in Ostdeutschland den Löhnen in Westdeutschland anpassen. Dies soll nach Vorstellungen der Herren vom NFE aber nicht über eine Anhebung der Löhne in Ostdeutschland auf Westni-

veau erfolgen. Sondern der NFE stellt es sich so vor, dass die ArbeitnehmerInnen in Westdeutschland so lange Nullrunden drehen, bis der Osten irgendwann einmal Westniveau erreicht hat.

Da die sogenannten Tarifparteien zu keinem Ergebnis gekommen sind, wurde folgendes vereinbart: Der Entgelt-Tarifvertrag vom 16.11.2001 (Laufzeit bis 31.12.2003) wird unverändert bis zum 31.12.2004 verlängert. Das heißt: auch in diesem Jahr: Es gibt keine Lohnerhöhung.

REDAKTION

CGD ist keine Gewerkschaft

IG Metall fordert Handwerk zu Tarifverhandlungen auf

- 7. Mai 2004 - Frankfurt/Main - Die IG Metall hat die Fachverbände des Handwerks und der Innungen aufgefordert, mit der IG Metall verbindliche und rechtssichere Tarifverträge abzuschließen. Nachdem die sogenannte Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD) ihre Beschwerde im März gegen den Beschluss des Arbeits-

gerichts Gera zurückgezogen habe, sei rechtskräftig festgestellt, dass die CGD keine Gewerkschaft ist. „Damit ist der Weg für seriöse Tarifverträge frei“, sagte IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode am Freitag in Frankfurt.

An die Adresse der ArbeitgeberInnen gerichtet forderte Rhode: „Die Innungen müssen begreifen,

dass die anstehenden Probleme des Strukturwandels im Handwerk nur im Dialog mit der IG Metall gelöst werden können“. Die Rechtsunsicherheit müsse im Interesse der Beschäftigten und der Handwerksbetriebe ein Ende haben. Billig- und Gefälligkeitstarifverträge, wie sie die CGD reihenweise abgeschlossen habe, werde es mit der IG Metall nicht geben, betonte Rhode.

REDAKTION

Lesetipp

**Der Leguan**

Im äußersten Süden der Galapagos-Inseln liegt die kleine Insel Hood oder ‚La Espanola‘ genannt. Am Ende des 18. Jahrhunderts lebte dort ein Mann, der als der ‚Leguan‘ gekannt war. Oberlus, ein verunstalteter Mann von dem sich jeder abwendet, ihn bespuckt oder vor Angst erstarrt. Dieses ‚Monster‘ flieht auf diese kleine Insel. Er nimmt Rache für alles was ihm angetan wurde und setzt alle menschlichen Regeln außer Kraft. Erst als er die rätselhafte Nina Carmen gewaltsam auf der Insel festhält, findet er eine ebenbürtige Gegnerin.

Der Leguan

Alberto Vázquez-Figueroa
Unionverlag
ISBN: 3-293-00307-9
Preis: 19,90 Euro

Lesetipp

**Mehr als ein Spiel – Aus dem Leben eines Fußballfans**

In Erle, einem Stadtteil von Gelsenkirchen, wächst Bodo Berg auf. Schalke ist weit weg und im Mittelpunkt steht das Leben und der Fußball in Erle. Bodo Berg berichtet über seine Jugend und Kindheit im Kohlenpott, wie er sich politisch entwickelt, welche Rolle die Musik hat und natürlich über seine Verbundenheit zum Fußball. Er stellt auch dar, wie es dazu kommt, dass er sich gegen Rassismus auf dem Fußballplatz entscheidet. Ein witziger, nachdenklicher und authentischer Bericht eines Fußballfans, der über den Tellerrand guckt. Für jeden der Fußballfan ist sollte es zur Pflicht gehören dieses Buch zu lesen und diejenigen, die immer kritisch auf die Fans gucken, sollten es ebenfalls einmal lesen. Also auf und viel Spaß beim Lesen.

Mehr als ein Spiel – Aus dem Leben eines Fußballfans

Bodo Berg
Fotos von Yves Eigenrauch
Verlag die Werkstatt
ISBN: 3-89533-299-2
Preis: 14,30 Euro

Lesetipp

**Hinani – Tochter der Wüste**

Hinani, die Tochter des Tuareg-Häuptlings, lebt ein freies Leben inmitten des traditionsbewussten Stammes der Kel Rela. Sie ist genauso stolz und wild wie ihr Gepard Djinn, den sie selbst aufgezogen hat und der sie auf Schritt und Tritt begleitet. Als eines Tages der reiche, junge Araber Ahmed bei den Kel Rela zu Gast ist, verliebt er sich in Hinani. Verzweifelt über ihre Ablehnung entführt er das junge Mädchen und bringt sie nach Agades. Aber wie sollte eine Tochter der Wüste, die es gewohnt war frei zu leben und sich zu bewegen, sich damit abfinden in einem Palast in der Stadt eingesperrt zu sein.

Leichte Lektüre und damit gut im Urlaub zu genießen.

Hinani – Tochter der Wüste

Federica de Cesco
Arena-Verlag
Jugendbuch
ISBN: 3-401-04924-0
Preis: 10,00 Euro

